Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Netzentwicklungsplan Strom 2025, Version 2015, erster Entwurf kann vom 30. Oktober bis zum 13. Dezember 2015 Stellung genommen werden. Der Gemeinderat macht sich große Sorgen hinsichtlich der Pläne zum Ausbau der Höchstspannungsnetze, bei denen auch die Gemarkung Hausen und der gesamte Landkreis Forchheim wieder betroffen sein könnten. Der Gemeinderat der Gemeinde Hausen hat sich aus diesem Grund erneut mit dem Thema beschäftigt und verabschiedete in seiner Sitzung vom 07.12.2015 folgende Resolution:

Resolution der Gemeinde Hausen gegen die geplante Gleichstrompassage DC5/DC6

1. Mit dem vorliegenden Netzentwicklungsplan (NEP) 2025 ist die Gemeinde Hausen nicht einverstanden. Die HGÜ-Verbindung von Sachsen-Anhalt nach Bayern DC5/DC6 (Gleichstrompassage Süd-Ost), im bisherigen NEP als „Korridor D“ dargestellt und im Bundesbedarfsplangesetz als Projekt Nr. 5 bezeichnet, wird im NEP 2025 weiterhin netzplanerisch als notwendig angesehen. Die BNetzA hat die Übertragungsnetzbetreiber im Juli 2015 aufgefordert, umfangreichere Neuberechnungen durchzuführen. Konkret wurde u. a. vereinbart:

- Alternativen auf bestehenden Trassen zur Entlastung des Netzknotens Grafenrheinfeld zu untersuchen.
- Die netztechnische Eignung des Netzverknüpfungspunktes Isar als südlichen Endpunkt zu prüfen.
- Grundsätzlich einen Vorrang der Erdverkabelung bei HGÜ-Verbindungen einzuführen.

Durch diese Punkte sind jetzt verschiedene Szenarien (A,B,C) untersucht worden. Da bisher noch nicht erkennbar ist, welches Szenario bevorzugt werden wird, ist derzeit sowohl die Trasse DC5 als auch die Trasse DC6 möglich. Der Vorrang der Erdverkabelung ist bisher bei beiden Trassen noch nicht festgelegt. Hinzu kommt eine fehlende Abstandsregelung in der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung zu bewohnten Gebieten. So kann ein Mast derzeit direkt neben dem Vorgarten von Wohnhäusern stehen, wenn das Szenario DC6 mit Umbeseilung Vorrang hat.

2. Die Gemeinde Hausen lebt von einer intakten Umwelt und Natur, obwohl wir schon jetzt in einem besonderen Ausmaß belastet werden.

Betroffen sind wir

- direkt von der BAB 73 mit ca. 65.000 Fahrzeugen pro Tag,
- vom Ausbau der ICE Strecke Nürnberg – Bamberg,
- von der Ortsdurchfahrt der B470 in Wimmelbach,
- durch die Kreisstraßen mit überdurchschnittlich hohem Aufkommen (7.500 FO13 bzw. 4.700 FO25 Fahrzeuge täglich; Durchschnitt ist ca. 1.800 Fahrzeuge täglich)
- durch den Main-Donau-Kanal,
- sowie durch bereits zwei bestehende 380 kV- bzw. 110 kV-Leitungen, die unsere Gemarkung durchschneiden und berühren.

Ein zusätzlicher Einschnitt in diesen Lebensraum durch eine weitere Stromtrasse ist nicht mehr hinnehmbar.

3. Die Bundesregierung wird nachdrücklich aufgefordert, lokale Initiativen zur regenerativen Energiegewinnung verstärkt zu fördern.
4. Bislang gibt es keine gesicherten Erkenntnisse über die Auswirkungen einer Höchstspannung – Gleichstrom – Übertragungsleitung auf Mensch und Natur. Auch die Strahlenschutzkommission, ein Beratungsgremium des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, kann derzeit keine Angaben machen über belastbare Schwellenwerte für Wahrnehmungs-, Belästigungs-, Schmerz- und Gefährdungseffekte und empfiehlt weitere Untersuchungen, vor allem in Form von Humanstudien unter gut kontrollierten Bedingungen.
5. Zur Erreichung der Energiewende genügt es nicht, einen Stromtransport auf Höchstspannungsleitungen durchzuführen. Vielmehr benötigen wir effiziente Möglichkeiten der Energiespeicherung und ein gesamtheitliches Konzept.
6. Die Gemeinde Hausen erreicht rechnerisch mit ihren Wasserkraftwerken und Photovoltaikanlagen ca. 125% des eigenen Energiebedarfs und ist dadurch nicht auf diese Leitungen angewiesen. Wir dürfen in unserer Gemeinde mit unserer weitsichtigen Energieplanung nicht noch zusätzlich von Gleichstromtrassen belastet werden, die die andernorts nicht gemachten Hausaufgaben erledigen sollen.

Sollte der Bundesgesetzgeber an der Trasse DC5/DC6 festhalten, fordern wir für unser Gemeindegebiet eine Erdverkabelung und eine Mindestabstandsregelung zu Wohngebäuden festzulegen.

Wir bitten Sie um zeitnahe detaillierte Informationen über Ihr Vorhaben, Ihre Ziele und die Umsetzung unserer Forderungen vor Ort.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Ruppert
2. Bürgermeister

P.S: Der Resolution des Landkreises Forchheim schließen wir uns als Gemeinde Hausen vollumfänglich an und unterstützen diese.